



Ausschuss für Schule und Bildung

5. Sitzung (öffentlich)

8. November 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:05 Uhr

Vorsitz: Kirstin Korte (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

**Rückkehr zu G9 bis 2018 – Keine weiteren Unsicherheiten und
Verzögerungen auf dem Rücken der Schulen**

3

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/72

– Anhörung von Sachverständigen (*siehe Anlage*) –

* * *

Rückkehr zu G9 bis 2018 – Keine weiteren Unsicherheiten und Verzögerungen auf dem Rücken der Schulen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/72

– Anhörung von Sachverständigen (*siehe Anlage*) –

Vorsitzende Kirstin Korte begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Sachverständigen, und bedankt sich bei diesen für die Einreichung der schriftlichen Stellungnahme sowie bei der Ausschussassistentin Sabine Arnoldy für die Vorbereitung der Sitzung und bei Stefan Welter für die Zusage des Sitzungsdokumentarischen Dienstes, das Protokoll dieser Sitzung bis zum Anfang der 48. Kalenderwoche zur Verfügung zu stellen. Sodann gibt sie organisatorische Hinweise und eröffnet die erste Sachverständigenrunde.

Martin Schenkelberg (Städtetag Nordrhein-Westfalen, Köln): Für den Städtetag Nordrhein Westfalen möchte ich mich herzlich für die Gelegenheit bedanken, mich zu diesem wichtigen strukturpolitischen Thema für die Gymnasien dieses Landes äußern zu dürfen. Ich möchte Sie herzlich von unserem Bildungsdezernenten Klaus Hebborn grüßen, der heute leider terminlich verhindert ist.

Ich möchte gerne direkt in unsere Stellungnahme einsteigen, auf die ich im Übrigen verweise. Ich möchte ein paar Punkte hervorheben. Der Städtetag Nordrhein-Westfalen begrüßt die gesetzgeberische Leitentscheidung, die vonseiten der Landesregierung angekündigt worden ist. Wir begrüßen aber auch, dass es eine Ausnahme geben wird für funktionierende G8-Gymnasien, funktionierende Systeme weiterzuführen.

Was die Umsetzung dieses Vorhabens betrifft, nämlich die Verlängerung der Schulzeit an den Gymnasien, mahnen wir, Gründlichkeit vor Schnelligkeit walten zu lassen und lehnen deshalb das Ansinnen des vorliegenden Antrags ab, die Pläne noch einmal um ein weiteres Schuljahr vorzuziehen. Wir weisen darauf hin, dass es nicht nur vonseiten des Landes Aufgaben in Hinblick auf eine erfolgreiche Umstellung zu bewältigen gibt; das betrifft die Lehrpläne, aber natürlich auch das zusätzliche Lehrpersonal, auf dem die Hauptlast dieser Umstellung ruhen wird.

Im Hinblick auf die Zuständigkeit der kommunalen Schulträger betrifft das die Anschaffung zusätzlicher und angepasster Lehr- und Lernmedien, natürlich vor allen Dingen aber auch den Schulbau und die Raumausstattung in den Schulen. Unsere Mitgliedsstädte melden uns zurück, dass sie in der Summe jedenfalls teilweise mehrere zusätzliche Schulen in den Großstädten werden schaffen müssen, um die Umstellung auf einen zusätzlichen Jahrgang zu bewältigen. Hierfür brauchen die kommunalen Schulträger ausreichend Zeit. Ich denke, Sie alle haben eine Idee davon,

wie lange es in Deutschland dauert, von einem Plan zur Realisierung eines Schulneubaus zu kommen.

Außerdem möchten wir darum bitten zu bedenken, dass es nicht sinnvoll ist, den Gesetzgeber zu einer besonderen Eile oder Schnelligkeit zu ermahnen, hinterher aber möglicherweise auf Fehler zu warten, die im Verfahren gemacht und auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler ausgetragen werden. Deswegen noch einmal unser Petitum: Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Wir halten daher das Schuljahr 2019/2020 für das richtige Datum, um die Änderungen in Kraft treten zu lassen.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur Konnexität sagen, was Sie sicher auch von einem Vertreter eines kommunalen Spitzenverbandes erwarten: Ich denke, Kollege Hamacher, der auch Finanzbeigeordneter des Städte- und Gemeindebundes ist, kann bestätigen, dass wir uns am Anfang vertraulicher Gespräche mit dem Ministerium für Schule und Bildung befinden. Wir denken, dass ein guter Weg eingeschlagen wird. Wir wollen uns darauf verständigen, einen Gutachter oder eine Gutachterin zu beauftragen, um die Kosten zu ermitteln.

Ein Punkt ist uns dabei besonders wichtig: Selbst wenn es möglicherweise zu einem aufgespaltenen Gesetzgebungsverfahren, also einem Aufgabenübertragungsgesetz auf der einen Seite und einer Kostenausgleichsregelung auf der anderen Seite kommen sollte, legen wir Wert darauf, dass nach § 3 Konnexitätsausführungsgesetz die Kostenfolgenabschätzung zusammen mit dem Aufgabenübertragungsgesetz vorgelegt werden muss.

Im Übrigen möchte ich gerne auf unsere schriftliche Stellungnahme verweisen und stehe natürlich gerne für Fragen und die anschließende Diskussion zur Verfügung.

(Beifall)

Claus Hamacher (Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf/Landkreistag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf): Ein bisschen unglücklich ist aus unserer Sicht der Zeitpunkt der Anhörung, weil wir uns im Prinzip kurz vor der Veröffentlichung eines Gesetzentwurfes befinden, den wir alle noch nicht kennen und insofern die Gefahr besteht, dass wir über Einzelheiten reden, die noch niemand im Detail kennt.

Städte- und Gemeindebund NRW sowie der Landkreistag NRW hatten in der Diskussion um G8 oder G9 immer dafür plädiert, G8 gründlich zu evaluieren und dort nachzubessern, wo sich Mängel gezeigt haben. Darüber ist die Diskussion mittlerweile erkennbar hinweggegangen. Es ist klar, dass für das Festhalten an G8 der erforderliche gesellschaftliche Rückhalt fehlt, sodass wir also zu G9 zurückkehren werden. Das sollte nach unserer Überzeugung aber einheitlich in einer für alle Gymnasien verbindlichen Form geschehen. Insofern lehnen wir ein Wahlrecht strikt ab. Da unterscheidet sich unsere Position auch von der des Städtetages, was ich an der Stelle deutlich herausarbeiten möchte.

Nach unserer Überzeugung ruht auf der Fortführung zweier gymnasialer Subtypen, nämlich G8 und G9, kein Segen. Die oft emotional geführte Debatte darüber, wel-

ches System das bessere ist, wird nur von der Landesebene auf die kommunale verlagert und dort hundertfach in den Schulen wiederholt.

(Zustimmung von Helmut Seifen [AfD])

In größeren Städten mit mehreren Gymnasien mag das noch eine entspannte Diskussion sein, aber wenn es vor Ort – und das ist die Realität in der Mehrzahl unserer Städte und Gemeinden – nur ein einziges Gymnasium gibt, sieht die Sache schon etwas anders aus. Wer soll letztlich über die Wahl von G8 und G9 entscheiden: die einzelne Schule oder der Schulträger? Warum sollte der Schulkonferenz eine derart weitreichende Entscheidungsbefugnis zugemessen werden können, obwohl die Eltern und Schüler in der Mehrzahl von der Entscheidung gar nicht mehr betroffen sind, und gleichzeitig der Schulträger ausgeblendet wird, obwohl diese Entscheidung für die kommunale Schulentwicklungsplanung von ganz erheblicher Bedeutung ist?

Eine andere Konsequenz des Wahlrechts liegt darin, dass Eltern ihr Kind an einer Schule anmelden müssen, von der sie nicht sicher wissen, ob es eine G8- oder eine G9-Schule sein wird.

Es gibt viele auch interkommunale Kooperationen von Gymnasien, die unnötig erschwert werden, wenn unterschiedliche Festlegungen hinsichtlich G8 und G9 erfolgen.

Soll es mit Blick auf die Schülerfahrtkosten eine Rolle spielen, ob ich in meiner Gemeinde nur eine G8-Schule zur Verfügung habe, mein Kind aber gerne an einer G9-Schule anmelden möchte oder umgekehrt?

Zum Schulwechsel. Was ist, wenn ein Kind an einer G8-Schule eingeschult wird, dann aber aufgrund eines Wohnortwechsels in eine Gemeinde kommt, in der es nur G9-Angebote gibt?

Es müssen dauerhaft Curricula für zwei Systeme entwickelt und gepflegt werden. Schulträger müssen unterschiedliche Lehrmittel vorhalten und gegebenenfalls komplett austauschen, wenn eine Schule später im System wechselt.

(Zustimmung von Helmut Seifen [AfD])

Alle diese ungelösten Fragen und Probleme kann man vermeiden, wenn man sich in diesem Hause für einen klaren Schnitt entscheidet.

Unabhängig davon, ob man ein Wahlrecht vorsieht oder nicht, erscheint uns ein Wechsel zum kommenden Schuljahr aber weder realistisch noch sinnvoll zu sein. Ich darf in diesem Zusammenhang gerne auf die Stellungnahme der Direktorenvereinigung verweisen, in der die Genese des Wechsels zu G8 aus unserer Sicht hervorragend dargestellt wird. Wir denken, dass man die Fehler, die damals gemacht worden sind mit einem überstürzten Umstieg, jetzt bei G9 auf keinen Fall wiederholen sollte. Der Verweis auf Provisorien wie Übergangslehrpläne oder Materialien aus anderen Bundesländern wird unserer Verantwortung für die Schülerinnen und Schüler nicht gerecht. Hier gilt der Grundsatz – da kann ich dem Kollegen nur zustimmen –: Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Es sind eine ganze Reihe von Fragen vorab zu klären, um das wirklich sauber umstellen zu können, zum Beispiel wie die Oberstufe ausgestaltet werden soll, wann die zweite Fremdsprache einsetzt, wie die Verzahnung mit dem Ganzttag aussieht und noch unzählige weitere. Diese Zeit sollten wir uns auch im Interesse der Kinder nehmen, um das vernünftig vorzubereiten. Im Übrigen darf ich mich dem anschließen, was Herr Schenkelberg eben insbesondere zu den Aufgaben der Schulträger und zur Frage der Konnexität ausgeführt hat.

(Beifall)

Prof. Dr. Rainer Dollase, Steinhagen: Für wen spreche ich? Ich bin Wissenschaftler. Ich habe für die Landeselternschaft der Gymnasien eine der größten Untersuchungen zu G8/G9 gemacht mit über 50.000 Teilnehmern. Ich habe auch zur Zeitstruktur beim Lernen schon im Jahr 2000 Untersuchungen vorgelegt. Ich bin für eine schnelle und gründliche Einführung von G9 für alle, sehe aber wie Herr Hamacher, dass es vor Ort eine ganze Reihe von Problemen gibt. Einzelne Schulen auch privater Träger brauchen beides, wenn die nächste Schule weit entfernt ist. Dort gibt es keine echte Wahlmöglichkeit usw. Es gibt individuelle Fälle, die Herr Hamacher gerade geschildert hat.

In meiner Stellungnahme, die Ihnen ja allen vorliegt und die Sie hoffentlich bis zum Ende gelesen haben – Studenten tun das nämlich nicht –, habe ich meine Meinung aufgrund der wissenschaftlichen Untersuchungslage dargestellt. Ich bin von der CDU nominiert worden und dem Nominierungsvorschlag gerne nachgekommen, aber die CDU ist nicht haftbar zu machen für meine Aussagen. Ich bin es generell gewohnt, dass ich für mich spreche bzw. für die Wissenschaft. Ich kann Ihnen natürlich auch Kronzeugen aus der Wissenschaft für meine Meinung nennen.

Ich bin auch kein Sprecher der Landeselternschaft oder irgendeiner dieser Initiativen. Gleichwohl ist klar, dass ich aufgrund der Forschungslage für einen schnellen und gründlichen Umstieg auf G9 bin mit den Ausnahmen für bestimmte Gymnasien und für einzelne. Warum?

Erstens. Erst im September ist die Untersuchung in „Cognitive Development“ erschienen, die eigentlich eine Sensation darstellt, aber Sensationen in Fakten werden gerne zur Seite gedrückt. G8 bedeutet ein Intelligenzminderungsrisiko von etwa vier bis fünf IQ-Punkten. Das ist ein unglaublicher Unterschied für den Durchschnitt. Je länger Sie G8 beibehalten, müssen Sie davon ausgehen, dass Sie ein Intelligenzminderungsrisiko für nordrhein-westfälische Schüler in Kauf nehmen.

Gleichzeitig müssen Sie auch damit leben – damit lebten die Vorgängerregierungen und andere schon lange –, dass Sie bei allen IQB-Untersuchungen immer unter den letzten drei Ländern sind. Dadurch ergibt sich für die nordrhein-westfälischen Schüler eigentlich ein Startnachteil ins Studium; das ist nun einmal so. Das wollte offenbar keiner wissen. Diese Intelligenzminderung hat wirtschaftliche Folgen; das ist auch bekannt. Ich habe Baumert und andere, die Sie kennen – ich brauche gar keine eigenen Untersuchungen zu bemühen – erwähnt. Das ist ein wirtschaftliches Risiko, je länger Sie diese Geschichte verbummeln.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Zweitens. Bei der ganzen Debatte ist untergegangen, dass ein großer Teil der gymnasialen Eltern keinen verpflichtenden Nachmittagsunterricht haben möchte. Punkt und aus. Es ist derartig eindeutig, dass gerade die gymnasialen Eltern keinen verpflichtenden Nachmittagsunterricht möchten, sondern einen offenen und freiwilligen. Warum? Das hat nichts mit der Angst vor Belastung und sonstigen – wie soll ich sagen – esoterischen Variablen zu tun, sondern schlicht und einfach mit der zunehmenden Arbeitszeitflexibilisierung, die insbesondere gymnasiale Eltern etwas stärker trifft; man rechnet zwischen 30 und 40 %. Wenn sie also am Wochenende arbeiten möchten oder müssen, müssen sie natürlich Donnerstag oder Freitag mit den Kindern irgendetwas unternehmen können. Das ist genau in meiner Umfrage herausgekommen.

Es handelt sich also um ganz große Probleme: zum einen die Arbeitszeitflexibilisierung, zum anderen das Intelligenzminderungsrisiko, dass wir bei einer weiteren Beibehaltung von G8 riskieren.

Die Hinderungsgründe kommen mir vor wie Populismus. Das klingt gut: Nichts überstürzen usw. – Das ist zu wenig konkret. Dem Volke, und ich treibe mich in Schulen herum, ist völlig unverständlich, warum es plötzlich einen Raummangel geben soll. Haben Sie, als G8 eingeführt worden ist, die Räume alle mit einer Abrissbirne kaputtgemacht oder was? Das ist doch überhaupt nicht wahr! Es gibt Schulen, an denen es bisher mit G9 funktioniert hat, und an anderen nicht. Außerdem gibt es die Schwierigkeiten der Umstellung. Ich kenne einen Haufen von Studienräten und Oberstudiendirektoren, die ich noch in letzter Zeit gesprochen habe, die diese Meinung nicht vertreten.

Vorsitzende Kirsten Korte: Die Zeit.

Prof. Dr. Rainer Dollase, Steinhagen: Auch der Hinweis darauf, dass es eben in anderen Bundesländern nur Chaos gegeben hat, habe ich bei meinen Recherchen nicht ein einziges Mal feststellen können.

(Beifall)

Dorothea Schäfer (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Nordrhein-Westfalen, Essen): Als Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft kann ich mich Herrn Hamacher völlig anschließen. Wir haben das in unserer schriftlichen Stellungnahme ausgeführt; deswegen möchte ich mich auf drei kurze Punkte beschränken.

Erstens. Wir sind der Meinung, dass es tatsächlich eine Entscheidung für alle Gymnasien in Nordrhein-Westfalen geben sollte. Ich glaube auch nicht, dass man dann sagen muss: Na ja, das stand aber im Koalitionsvertrag. Wir verlieren dann das Gesicht. – Ich glaube, dass bestimmte Dinge erst in den letzten Monaten klar geworden sind, dass es nämlich in dem Moment, in dem ich den G8-Bildungsgang im Schulgesetz verankern muss, jederzeit für private Schulträger oder andere möglich ist, G8-

Gymnasien zu gründen. Wir haben jetzt schon die Debatte in den Grundschulen: Was ist denn mit dem Gymnasium, auf das mein Kind gehen soll? Wir haben die Debatte mit den Schülern, die zum nächsten Schuljahr eingeschult werden und noch nicht wissen, ob sich die Schule für den Verbleib bei G8 entscheidet.

Es gibt sicherlich Schülerinnen und Schüler, die schneller durchlaufen können, aber das kann man individuell regeln. Dafür muss nicht die ganze Schule bei G8 bleiben.

(Zustimmung von Helmut Seifen [AfD])

Zweitens. Der Zeitplan, der im Moment im Gespräch ist, nämlich das Schulgesetz in diesem Schuljahr zu ändern und es zum Schuljahr 2019/2020 in Kraft treten zu lassen, ist bereits ambitioniert. Es ist nämlich ein Irrtum zu glauben, dass eine Verlängerung der Schulzeit einfacher umzusetzen ist als eine Verkürzung. Die jetzt vorhandenen Lehrpläne an den Gymnasien müssen überarbeitet werden. Als GEW sind wir der Meinung, dass das Einsetzen der zweiten Fremdsprache wieder auf den siebten Jahrgang verschoben werden sollte. Die Entscheidung damals hatte auch Auswirkungen auf alle anderen Schulformen. Die warten quasi darauf, dass man wieder die einheitliche Orientierungsstufe mit Klasse fünf und sechs herstellen kann. Alles andere haben wir in unserer schriftlichen Stellungnahme ausgeführt.

(Beifall)

Peter Silbernagel (Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf): Der Antrag der AfD wird vom nordrhein-westfälischen Philologen-Verband klar abgelehnt. Sorgfalt geht vor Schnelligkeit, Tauglichkeit vor Tempo. Keiner hat Verständnis dafür, die vor zwölf Jahren erlebten Schwierigkeiten und Versäumnisse zu wiederholen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen verlangen eine hinreichende Vorbereitungszeit bzw. Umsetzungszeitpunkt. Vor allem aber sind belastbare schulfachliche Entscheidungen zu treffen, die pädagogisch verantwortbar sind.

Das Ernstnehmen der Anliegen betroffener Gruppen setzt Mindestzeiten der politischen Beteiligung voraus. Zudem ist es tollkühn, die Akzeptanz vor allem wegen der Organisationsabläufe in den Schulen in besonderer Weise zu gefährden. Der Verweis auf andere Bundesländer wird den nordrhein-westfälischen Erfordernissen nicht gerecht, denn wir erwarten beispielsweise keine Streckung der Inhalte, sondern eine sorgfältig vorbereitete inhaltliche Ausgestaltung, die G9 nicht als quantitatives Mehr betrachtet, sondern als qualitatives Mehr im Interesse des gymnasialen Bildungsangebotes.

Vorschläge, möglichst schnell und bezüglich der einzubeziehenden Jahrgangsstufen möglichst umfassend vorzugehen, verkennen die pädagogischen Herausforderungen der Umstellungen. Sie ignorieren die obligatorische Lehrplanarbeit. Sie überfordern die politisch Verantwortlichen und die in der Schulpraxis für die strukturelle Umsetzung Verantwortlichen ebenso wie die Kolleginnen und Kollegen, vor allem aber die Schülerinnen und Schüler.

Fazit: Schon jetzt ist die Zeit bis zum Schuljahr 2019/2020 eher knapp bemessen. Schon jetzt wird deutlich, dass das schulpolitische Vorhaben ehrgeizig ist. Erlauben Sie mir auch die Anmerkung, dass das Einbeziehen von zwei Jahrgangsstufen auch

nicht unproblematisch ist. Das gilt nicht nur mit Blick darauf, dass diejenigen, die nächstes Jahr ihre Kinder am Gymnasium anmelden, dies eigentlich nur unter Vorbehalt tun können. Zumindest müssen sie eine Möglichkeit haben, diese Anmeldung zurücknehmen zu können, weil ja nicht klar ist, wie die Entscheidung der Schulkonferenz im Herbst nächsten Jahres für das Schuljahr 2019/2020 aussehen wird.

Hinzu kommt das Problem, dass, wenn zwei Jahrgänge gleichzeitig beginnen, der eine Jahrgang vorher schon unter G8 begonnen hat und damit unter anderen curricularen Bedingungen, um nur zwei Problemfelder zu nennen. Daher sollten wir die Umsetzung nicht unnötig durch Tempo gefährden im Interesse einer zukunftsfesten pädagogisch guten Konzeption.

(Beifall)

Rüdiger Käuser (Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung, Siegen): Als Letzter in der Reihe hat man manchmal die undankbare Aufgabe, dass man das eine oder andere wiederholen muss. Ich versuche zu akzentuieren und schließe mich in weiten Teilen dem an, was meine Vorredner gesagt haben.

Lassen Sie mich eine Vorbemerkung machen: Die Direktorinnen und Direktoren waren weitgehend darin einig, dass wir uns eine Leitentscheidung für das gesamte Land gewünscht hätten. Die ist nun gekommen. Es ist politisch sicherlich nachvollziehbar, dass man die Filterfunktion, dass Schulen bei G8 bleiben können, wenn sie das wollen, einschiebt. Gleichwohl bleiben die Probleme mit zwei Bildungsgängen, die vorhin schon benannt worden sind, bestehen. Das sage ich einfach aus Sicht der Praxis.

Herr Prof. Dollase, Sie sagten: gründlich und schnell. – Gründlich und schnell geht nicht. Gründlich und schnell wird nur dann gehen – das hat etwas mit der Genese des Prozesses zu tun –, wenn wir die Anliegen derer, die wohl unter G8 gelitten haben, was dazu geführt hat, dass es einen merklichen Umschwung im Land gegeben hat, ernst nehmen. Dabei überlagern sich rationale und irrationale Elemente. Die Diskussion um G8 ist teilweise sicherlich rational geführt worden, insbesondere allerdings in den letzten Jahren – das ist nicht despektierlich oder kritisch gemeint – hat sie eine starke irrationale Komponente bekommen. Es sind viele gesellschaftliche Prozesse hinzugekommen, die G8 – etwas verkürzt gesagt – angelastet worden sind, wenn an einem Gymnasium etwas nicht funktioniert hat.

Das hat aber auch zur Folge, dass diejenigen, die sehr schnell zu Befürwortern von G9 geworden sind, ganz schnell wieder zu Kritikern von G9 werden, wenn es nicht seriös, nachvollziehbar und vor allen Dingen auch – das hat etwas mit dem besonderen Auftrag unserer Schulform zu tun –, wenn dem vertieften Allgemeinbildungsauftrag des Gymnasiums nicht entsprochen wird. Das heißt, es geht nicht einfach, die G8-Lehrpläne zu strecken. Dabei rede ich gar nicht über KMK-Grundlagen. Wir werden eine hohe Akzeptanz bei den Schülerinnen und Schülern, bei den Eltern und ganz besonders bei den Kolleginnen und Kollegen nur dann erreichen, wenn die Lehrpläne gymnasialen fachlichen Ansprüchen genügen und vielleicht auch mehr, als das unter G8 der Fall war, denn auch das ist ein Teil der Kritik gewesen.

Insbesondere muss erkennbar sein, dass das Ganze sensibel und mit Blick auf diejenigen, die es umsetzen müssen – das sind die Kolleginnen und Kollegen – gestaltet wird. Erlauben Sie mir, dass ich es ein bisschen polemisch formuliere: Leidtragende sind wieder einmal die Schülerinnen und Schüler, die seit dem Schuljahr 2005/2006 Versuchskaninchen sind. Es kann nicht sein, dass jetzt ein erneuter Ansatz gewählt wird, mit Improvisationstalent in den Schulen ein neues G9 umzusetzen, nur weil es schnell sein muss. Das Ziel muss sein, das haben Sie selbst genannt: gründlich. Das wird nur dann gelingen, wenn der Zeitrahmen angemessen ist.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Ich wiederhole noch einmal gern, was meine Vorredner gesagt haben: Schon der jetzige Zeitplan 2019/2020 ist sehr ambitioniert. Wir haben die besondere Situation, dass schon der kommende Jahrgang unter G9-Bedingungen unterrichtet werden soll. Das ist auch mit Blick auf die Entscheidung, bei G8 bleiben zu können, problematisch, auch wenn es politisch nachvollziehbar ist.

Ich komme zum Schluss. Schülerinnen und Schüler und auch die Kolleginnen und Kollegen dürfen nicht erneut in einen provisorischen Status versetzt werden. Ich darf deutlich sagen: Die Leidensschwelle bei den Kolleginnen und Kollegen und bei den Schulleiterinnen und Schulleitern ist erreicht. Deshalb kann es nur funktionieren, wenn das Ganze solide umgesetzt wird.

(Beifall)

Vorsitzende Kirstin Korte: Ich darf mich bei Frau Schäfer und den Herren Sachverständigen für die Statements bedanken. – Damit gebe ich jetzt die erste Fragerunde frei.

Helmut Seifen (AfD): Erst einmal recht herzlichen Dank. Ich denke, es sind nur Nachfragen erlaubt.

Meinem Antrag haben Sie entnehmen können, dass ich Ihnen nicht in allen Belangen folgen konnte, was Ihre Befürchtung angeht, dass es zu schnell geht. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die jetzigen Fünfer und die Fünfer im nächsten Jahr im Jahre 2026 oder 2027 Abitur machen. Das heißt, der Raumbedarf besteht jetzt ja noch gar nicht. Deswegen meine Frage an die Städte und an den Kreis: Wieso kommen Sie darauf, dass jetzt schon die jeweiligen Schulen einen erhöhten Raumbedarf hätten, denn der läge jetzt noch gar nicht vor? Er liegt erst dann vor, wenn im Jahre 2026 ein Jahrgang mit dem Abitur abgeht und in die Berufswelt und in die Universitäten entlassen wird; erst dann liegt der Raumbedarf vor. Die Räume sind da. Sie werden jetzt möglicherweise als Inklusionsdifferenzierungsräume und für die Unterrichtung von IK-Klassen genutzt, aber die Räume sind da.

Zu den Lehrplänen. Ich denke, die Curricula müssen natürlich an einen sechszügigen Durchlauf in der Sekundarstufe I angepasst werden; das ist klar. Aber die Lehrpläne als solche müssen nicht umgeschrieben werden. Inwiefern glauben Sie – erlauben Sie, dass ich bei meinen Fächern Geschichte und Deutsch bleibe –, dass im Fach Deutsch für die Bereiche Erzählung, Bericht, Beschreibung, Schilderung und

Erörterung in den Klassen fünf bis sieben neue Lehrpläne entwickelt werden müssen? Sie müssen nicht neu entwickelt werden. Anders sieht es bei den Curricula aus, also der Verteilung des Lehrstoffs von Klasse fünf bis Klasse zehn, die natürlich neu überlegt werden muss. Es gibt allerdings bisherige Curricula, an denen man sich abarbeiten kann. Insofern sehe ich Ihre Befürchtungen nicht ganz ein. Möglicherweise können Sie mir da helfen, dass ich dem folgen kann.

Vielleicht doch noch eine Bemerkung am Schluss: Ich würde mich Herrn Hamacher und all denjenigen anschließen, die sagen: G8 nur für individuelle begabte Schüler, die meinetwegen von 10/1 auf 11/2 springen, ansonsten aber keine Gymnasien mit G8-Profil extra einführen, weil das zu fürchterlichen Verwerfungen führt.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herr Seifen, wir haben drei neue Sprecher in dieser Runde. Ich glaube, den Damen und Herren ist es möglicherweise nicht bekannt, dass es sinnvoll ist, die Sachverständigen direkt anzusprechen, von denen sie eine Antwort erwarten; das konnten Sie nicht wissen. Vielleicht können Sie noch kurz adressieren.

Helmut Seifen (AfD): Ich habe festgestellt, dass außer Herrn Prof. Dollase alle anderen darauf rekurrierten, dass Lehrpläne umgeschrieben werden müssen. Vor allem von den Vertretern des Städte- und Gemeindebundes und des Landkreistages sind die Räume angesprochen worden. Deswegen habe ich jetzt pauschal gefragt. Das heißt also, Herr Käuser, Herr Silbernagel, Frau Schäfer, Sie hatten die Lehrpläne angemahnt und Befürchtungen geäußert. Sie würde ich fragen: Inwiefern kommen Sie auf die Idee, dass die Lehrpläne umgestrickt werden müssen?

Sigrid Beer (GRÜNE): Liebe Sachverständige, ich darf mich ganz herzlich bedanken für die schriftlichen Stellungnahmen und für die Konzentration in den ersten drei Minuten. Ich habe Fragen an die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände.

Herr Schenkelberg, ich habe durchaus auch aus dem Städtetag Stimmen gehört, die gesagt haben: Nein, eine Leitentscheidung ist eine Leitentscheidung. Wir wünschen uns, nicht die Konkurrenz zwischen den Gymnasien wieder aufzumachen. – Eigentlich habe ich auch am Runden Tisch nie etwas anderes gehört, dass da nämlich hopp oder top gefordert worden ist und keine Verwerfung innerhalb der gymnasialen Landschaft mit G8- und G9-Gymnasien. Ist das also wirklich so einmütig gewesen?

Die Stadt Köln sagt, sie brauche 4.000 Plätze mehr für G9. Es wird versucht, Druck zu machen auf Schulen bei den Entscheidungen. Das erscheint mir nicht erfolgversprechend zu sein, denn es ist auch eine der Lehren aus dem Runden Tisch, dass die Eltern längst in einer anderen Bewegung waren und auch Verbandsfunktionäre noch ganz anders votiert haben im gemeinsamen Ansinnen, die Dinge zu verbessern. Das war nicht zu halten, weshalb wir eine andere gesellschaftliche Entscheidung haben, die auch nachvollzogen wird. Das ist auch richtig so. Ist es dann nicht konsequent zu sagen: Innerhalb von G9 werden die individuellen Bildungswege beschrieben? Wir haben häufig zum Beispiel über die Gymnasien geredet, die nach Dalton arbeiten. Es ist doch genau die Vorlage, innerhalb des G9-Rahmens individu-

ell mit Lernzeiten genau den Bildungserfolg herbeizuführen und jedem Kind seine individuelle Lernzeit zu geben. Entweder in der Sekundarstufe I oder in der Sekundarstufe II besteht dann die Möglichkeit, genau so damit umzugehen. Das würde Schulentwicklung nicht ausbremsen.

Dazu möchte ich Herrn Käuser direkt ansprechen. Ein Punkt ist in der Tat aus dem Druck in G8 heraus gewesen, dass es durchaus ein Zusammensetzen in den Schulen gegeben hat, um Schulentwicklung und Unterrichtsentwicklung voranzutreiben. Wie sieht das jetzt eigentlich in der Debatte aus?

Die Diskussion heute ist in der Tat nur mit Blick auf den Referentenentwurf, den wir in der nächsten oder übernächsten Woche zu erwarten haben, sinnvoll. Ich finde, die zentrale Frage der Leitentscheidung kann heute gut angesprochen werden, weil sie vielleicht noch auf das ausstrahlt, was im Referentenentwurf stehen mag.

Herr Hamacher hat aus meiner Sicht zu Recht die Unsicherheit der Eltern angesprochen, die ihre Kinder jetzt an einer Schule anmelden und nicht wissen, ob es sich später um ein G8- oder um ein G9-Gymnasium handeln wird. Das kann eigentlich nicht Ziel der Dinge sein.

Da ich mich gerne mit Herrn Dollase streite – der ist das schon gewohnt –, will ich nur noch Folgendes dazu sagen: Bei den eher schmalen Zusammenhängen, die Sie aufgezeigt haben, und dem Versuch, monokausal etwas zuzuordnen, frage ich mich, wie bei dem Intelligenzminderungsrisiko des G8 in Sachsen eigentlich die IQB-Ergebnisse zu erklären sind und wie sich das im internationalen Vergleich zum Beispiel in Finnland oder in anderen Ländern auswirkt. Ich finde die Untersuchung höchst spannend und werde mich mit den Kolleginnen und Kollegen aus Dortmund zusammensetzen, weil nämlich auch das Setting an zwei Schulen in unterschiedlichen Kontexten zu diskutieren sein wird. Darüber reden wir, aber das, was Sie da als wissenschaftlichen Aufschlag präsentiert haben, finde ich – Entschuldigung – für diese Anhörung nicht hinreichend.

(Teilweise Beifall)

Jochen Ott (SPD): Schönen guten Tag zusammen. Danke für die Beantwortung. Ich habe kurze Fragen, die ich versuche, jeweils auch zu adressieren.

Meine erste Frage geht im Sinne von Frau Beer an Herrn Dollase: Lässt die Intelligenzminderung bei G8 Rückschlüsse auf Ostdeutsche im Allgemeinen zu?

Meine zweite Frage geht an Herrn Schenkelberg. In Ihrer Stellungnahme schreiben Sie auf Seite zwei oben:

„Der Entscheidung gegen das Vorhalten von Mischmodellen an einzelnen Schulen ist ebenfalls zuzustimmen, da die Implementierung dieser Modelle vor Ort erhebliche schulorganisatorische Probleme aufwerfen würde.“

Können Sie uns kurz erklären, was denn mit Mischmodellen gemeint ist? Ich glaube, wir müssen in der bildungspolitischen Debatte sehr präzise sein, und wir würden gerne verstehen, was Sie uns sagen wollen.

Wir haben eben im Schulausschuss von der Ministerin gehört, dass die Investitionen in die Schule etwa über „Gute Schule 2020“ und andere nicht abfließen, dass die Kommunen die Anträge nicht stellen, dass nicht umgesetzt wird. Können Sie uns in Bezug auf den Hinweis, den wir eben gehört haben, dass eigentlich genügend Räume da sind und nur vorgegeben wird, wenn die Kommunen davon reden, dass es Konnexität auslöst, weil es eigentlich kein Problem gibt, da Räume auch damals bei G9 vorhanden gewesen sind, sodass es keine Probleme gibt, mehr sagen? Jetzt gibt es das Problem, dass die Mittel nicht abfließen. Können wir daraus den Schluss ziehen, dass es bei den Räumen in den Schulen insbesondere der Städte – deshalb sprechen wir Sie an – keine Probleme gibt? Ist das also kein Problem und nur zum Popanz aufgebaut, wie wir von Herrn Dollase gerade gehört haben? Mich würde interessieren, wie Sie die Raumsituation und die dahinterliegenden Investitionen nachvollziehen.

Ich habe eine weitere Frage an die Schulpraktiker, Herrn Käuser, Herrn Silbernagel und Frau Schäfer. Dabei handelt es sich nicht um eine rhetorische, sondern um eine ernst gemeinte Frage; diesen Punkt hatten wir eben im Ausschuss auch: Wie schätzen Sie das Konfliktpotenzial unter den Eltern ein? Haben Sie den Eindruck, dass die Nummer locker flockig läuft? Einige meinen, es wird sowieso überall G9 geben; Feierabend. Können Sie dazu irgendetwas beitragen? Haben Sie eine Einschätzung zum Konfliktpotenzial, wenn die Entscheidung an die Schulen gegeben wird?

Ich möchte Sie außerdem bitten, Stellung zu dem zu nehmen, was Herr Dollase gesagt hat: Halten Sie es für richtig, den Ganzttag im Gymnasium zurückzudrehen? Ist es richtig, dass die Eltern den Ganzttag eigentlich alle nicht wollen und so flexibel alle am Wochenende arbeiten, dass sie die Kinder unter der Woche brauchen? Vielleicht können Sie sich dazu äußern.

Ich habe noch eine dritte Frage an die Fachexperten. Wir haben in verschiedenen Diskussionsrunden und auch in Gesprächen mit Schulleitern insbesondere aus dem ländlichen Raum gehört, dass das, was vor wenigen Wochen in der vergleichenden Bildungsstudie Grundschule vorgestellt und von der Professorin hier auch vorgetragen worden ist, dass nämlich die Klassen in allen Schulformen bunter werden, was bedeutet, dass es eine sehr heterogene Schülerschaft gibt, auch die Gymnasien betrifft. Die Schulleiter der ländlichen Schulen haben gesagt: Wir haben eine andere Schülerschaft als vor 20 Jahren. Wir haben andere Herausforderungen, auch als Gymnasien damit umzugehen. – Würden Sie dieser These zustimmen, dass im Zusammenhang mit der Debatte um G9 an Gymnasien auch die Frage zu klären ist, welche Unterstützungssysteme eigentlich Gymnasien brauchen, um diese Aufgabe – übrigens egal ob bei G8 oder G9 – bewältigen zu können?

Frank Rock (CDU): Auch von unserer Fraktion herzlichen Dank für Ihre mündlichen und schriftlichen Stellungnahmen. Ich finde es ganz wichtig, dass wir sie schriftlich vorliegen haben, damit wir uns inhaltlich darauf vorbereiten können. Ihre Akzentuierung ist sehr hilfreich.

Ich habe eigentlich nur eine kurze Frage, weil ich bei Herrn Dollase als widersprüchlich erkannt habe, dass er davon spricht, dass wir es schnell und gründlich machen

müssen. Herr Dollase, ich möchte Sie bitten, noch einmal zu erklären, wie man „schnell und gründlich“ in so einem großen Verfahren hinbekommen kann, weil ich glaube, dass es etwas widersprüchlich ist: Wenn ich etwas schnell mache, kann ich es vielleicht auch gründlich schaffen, wenn die Probleme klein sind. Aber wir merken ja, dass das Thema sehr groß ist. Aus diesem Grund möchte ich Sie bitten, dazu noch einmal Stellung zu nehmen, weil das meiner Meinung nach ein Widerspruch ist.

Franziska Müller-Rech (FDP): Vielen Dank an Sie als Experten für Ihre Stellungnahmen, die uns in der Sache und für die Bewertung des Antrags sehr weiterhelfen.

Ich habe eine Nachfrage zu den Lernmitteln, die ich an die Praktiker stellen möchte: Könnten Sie bitte noch einmal kurz darstellen, inwiefern die Lernmittel aus der alten G9-Zeit weiterverwendet oder nicht weiterverwendet werden können, was also Aktualisierungsprozesse bei Lernmitteln für Sie bedeuten?

Vorsitzende Kirstin Korte: Damit schließen wir die erste Fragerunde und steigen in die Antwortrunde ein.

Martin Schenkelberg (Städtetag Nordrhein-Westfalen, Köln): Herr Seifen hatte die Frage gestellt, dass 2026/2027 noch lange hin ist. Das sind, wenn ich es richtig rechne – ich bin nicht so gut in Mathe gewesen – noch ungefähr neun Jahre.

(Jochen Ott [SPD]: Da können Sie mal sehen, was aus Ihnen geworden ist!)

– Danke sehr, Herr Ott.

Es ist jedenfalls ein langer Zeitraum, könnte man meinen. Aber ich glaube, ich erzähle Ihnen nichts Neues, wenn ich sage: Die kommunale Landschaft ist äußerst unterschiedlich. Es wird kommunale Schulträger geben, die das deutlich schneller hinbekommen. Es wird aber auch kommunale Schulträger geben – das sind insbesondere diejenigen, die tatsächlich neue Schulen errichten müssen –, bei denen es länger dauert.

Die angekündigte Änderung des Schulgesetzes sieht hier keine Ausnahmemöglichkeiten oder Öffnungsmöglichkeiten vor. Das Gesetz wird in Kraft treten und gilt dann ab diesem Tag für alle kommunalen Schulträger. Das heißt, die Räumlichkeiten müssen dann ab diesem Tag geplant und vorbereitet werden, sodass sie dann bis zum Abitur zur Verfügung stehen.

Es muss erst noch eine Entscheidung über die G8-Option getroffen werden. Dafür kennen wir noch nicht den genauen Zeitplan. Vorher kann ohnehin nichts geplant werden, weil wir nicht wissen, welche Schulen bei G8 verbleiben werden und welche nicht.

Dann wird der kommunale Schulträger seine Schulentwicklungsplanung überarbeiten müssen auch vor dem Hintergrund, ob am Ende alle Schulen zu G9 zurückkehren werden oder ob es eine diverse Schullandschaft geben wird. Vielleicht wird man auch noch Konflikte austragen müssen, was die Versorgung von einzelnen Stadttei-

len betrifft, wenn die Schulkonferenzen auf die Idee kommen sollten, dass alle Schulen in einem Stadtteil bei G8 verbleiben sollten. Dann haben wir nämlich möglicherweise ein Versorgungsproblem, was den G9-Bildungsgang betrifft.

Wenn wir über Schulneubauten reden, müssen wir darauf hinweisen, dass wir in den kommunalen Verwaltungen leider nach diversen Überprüfungen auch durch die Gemeindeprüfungsanstalt Personalengpässe im Vergabe- und Baubereich haben. Wir sind dankbar für jede Hilfe, die dazu führen könnte, dass wir hier wieder einen Aufwuchs finanzieren können.

Wir haben derzeit viele Schulbauprogramme zu bewältigen. „Gute Schule 2020“ muss umgesetzt werden. Wir haben der Zeitung entnommen, dass der Abruf bislang noch nicht besonders hoch ist. Das liegt nicht daran, dass die kommunalen Schulträger im Geld des Landes baden, sondern schlicht daran, dass diese Dinge auch sauber geplant werden müssen.

Herr Seifen, Sie haben gesagt: Die Räume sind da. – Das stimmt, die Räume sind da, aber sie werden genutzt. Sie haben die Bereiche auch schon aufgezählt. Der Ganztagsbau ist immer weiter ausgebaut worden und muss das auch. Es betrifft auch die Inklusion, wenn wir an die Differenzierungsräume denken, aber auch die Beschulung Geflüchteter, wenn wir an eigene separierte Flüchtlingsklassen denken. Die ganz klare Rückmeldung der kommunalen Schulträger lautet – mir ist kein einziger Fall bekannt, in dem das anders ist; es mag einzelne Schulen geben –, dass die Räume Summa summarum für andere Schulzwecke gebraucht worden und daher belegt sind.

Frau Beer hatte gefragt: Wie sieht das mit der Leitentscheidung aus? War das wirklich eine so klare Begrüßung im Städtetag? Sie haben von anderen Fällen berichtet; das wird dann auch so sein. Es wird sicherlich auch andere Meinungen geben. Bei uns war die Entscheidung im Vorstand einmütig. Es gab keine Gegenstimmen, es war eine einhellige Entscheidung. Insofern sind uns jedenfalls nach offizieller Beschlusslage keine abweichenden Meinungen bekannt. Wir haben uns ausdrücklich dafür ausgesprochen, die Leitentscheidung zu begrüßen, aber auch, weil wir das als Gestaltungsmöglichkeit für die kommunalen Schulträger sehen, eben die Option beim Verbleib bei G8 zu belassen. Allerdings stellen wir uns diese G8-Option so vor, dass der Schulträger mitentscheidet, die Schulaufsicht das Ganze absegnet und dass es auch eine Korrekturmöglichkeit gibt, wenn man nämlich doch noch schlauer werden sollte und herausfindet, dass es mit G8 doch nicht so doll war und man lieber endgültig zu G9 zurückkehren möchte.

Zu dem Beispiel aus Köln kann ich nichts Konkretes sagen; das ist mir nicht bekannt. Wir gehen natürlich davon aus, dass unsere kommunalen Schulträger, die sich mit dem Thema Schulneubau verschärft beschäftigen müssen – da sehe ich außer Köln noch die Städte Düsseldorf und Münster insbesondere, die auch eine starke gymnasiale Landschaft haben –, in sehr vertrauensvollem Zusammenwirken mit den Schulkonferenzen diese Entscheidung herbeiführen werden.

Noch ein Wort zur Leitentscheidung an sich. Es ist ja auch Kritik daran geäußert worden, dass der Konflikt wieder in die Schulen und in die kommunale Bildungsland-

schaft gelenkt werden könnte; das hatte unter anderem Herr Ott erwähnt. Darin sehen wir durchaus auch ein Problem. Deswegen sind wir der Auffassung, dass es eine Mitsprache des kommunalen Schulträgers geben muss bei der Entscheidung über G8, weil der kommunale Schulträger das gesamte Interesse der gesamten Stadt, der gesamten kommunalen Bildungslandschaft im Blick hat, wohingegen die Schulkonferenz nur ein zeitlicher Ausschnitt der Schulfamilie ist. Deswegen ist meines Erachtens ein Zusammenwirken dieser beiden Entscheidungsträger notwendig. Damit wir am Ende kein Problem mit der Konnexität bekommen, muss das Ganze durch die Schulaufsicht abgesegnet werden.

Herr Ott hatte auf unsere schriftliche Stellungnahme hingewiesen und gefragt, was wir uns unter einem Mischmodell vorstellen. Darüber kann man natürlich diskutieren. Es gab mehrere Vorschläge, beginnend mit der lebenslangen Lernzeit bis hin zu anderen Vorschlägen. In erster Linie stellen wir uns unter dem Mischmodell vor, dass es beide Bildungsgänge an einer Schule gibt, also in einem Jahrgang die Möglichkeit, entweder G8 oder G9 zu wählen. Wir glauben, dass das verhältnismäßig komplex ist.

Sie hatten die, glaube ich, rhetorische Frage gestellt, ob es keine Probleme mit den Räumen gibt, weil die alle zur Verfügung stehen.

(Jochen Ott [SPD]: Die Antwort war klar!)

– Okay, vielen Dank.

Claus Hamacher (Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf/Landkreistag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf): In vielem kann ich mich an das anschließen, was Herr Schenkelberg schon gesagt hat.

Herr Seifen, Sie hatten gefragt, wie es kommt, dass jetzt schon auf Raumnot hingewiesen wird, obwohl doch erst am Ende des Ausbaus die zusätzlichen Räume erforderlich werden. Es ist richtig, was Sie sagen, wenn man die Problematik G8/G9 isoliert und losgelöst von anderen schulpolitischen Entwicklungen betrachtet, was man als Schulträger aber natürlich nicht kann. Herr Schenkelberg hat schon darauf hingewiesen, dass erhöhter Raumbedarf durch die Inklusion, die Beschulung von Flüchtlingen, die Schaffung von offenen Ganztagsangeboten und auch durch den Bau von Mensen entstanden ist.

Es ist auch nicht richtig, dass dieser Schulraum noch überall unverändert vorhanden ist. Teilweise ist tatsächlich auch zurückgebaut worden, Herr Dollase. Ich darf darauf hinweisen, dass die Gemeindeprüfungsanstalt in den Kommunen sehr genau darauf schaut, was sie an Schulraum zur Verfügung haben und nach Quadratmetern vorrechnet, was man an Platz zur Verfügung hat für jeden einzelnen Schüler verbunden mit der Forderung, Schulraum zurückzubauen, soweit er nicht benötigt wird. Das ist in der Vergangenheit auch schon einmal in Unkenntnis des Umstandes, dass sich durch andere Umstände der Bedarf wieder erhöhen würde, gemacht worden.

Ich darf ergänzen, was der Kollege gesagt hat: Wir haben nicht nur die genannten Entwicklungen. Vor nicht allzu langer Zeit hat die Bertelsmann Stiftung eine Studie zur Entwicklung der Schülerzahlen veröffentlicht, in der ausgewiesen wird, dass die

Schülerzahlen bundesweit deutlich höher sein sollen als das, was bislang Grundlage der Schulentwicklungsplanung und der Prognosen des Landesbetriebs IT.NRW gewesen ist; auch darüber werden wir noch einmal reden müssen.

All diese Dinge führen dazu, dass der Raumbedarf kontinuierlich wächst. Was für die kreisfreien Städte eben geschildert worden ist, kann ich für viele kreisangehörige Kommunen auch bestätigen: Der Raumbedarf ist größer als das Angebot. Das heißt, schon jetzt muss ohne den Umstieg auf G9 ausgebaut werden; diese Anforderungen kommen quasi noch on top. Dabei geht es nicht darum, verschiedene Dinge gegeneinander auszuspielen. Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich will nicht Flüchtlinge gegen G9-Befürworter ausspielen, aber es ist schlicht so, dass dieser Raumbedarf vorhanden ist.

Man muss natürlich auch zur Kenntnis nehmen, dass sich dieser Raumbedarf nicht an jedem Standort problemlos dadurch befriedigen lässt, dass man noch ein Stockwerk draufsetzt oder etwas anbaut. Auch das geht nicht überall. Wenn Sie die Verhältnisse kennen, wissen Sie, dass das zulasten von Schulhöfen oder was auch immer geht. Es wird dann darüber nachgedacht, ob nicht ein Neubau sinnvoller ist. Das kann man nicht innerhalb ganz kurzer Zeiträume bewältigen.

Frau Beer hatte ihre Frage mit der Leitentscheidung zwar an Kollegen Schenkelberg gerichtet, ich darf aber zur Vervollständigung des Bildes sagen, dass bei uns ebenso einstimmig die Entscheidung im Schulausschuss und auch im Präsidium war, das Wahlrecht abzulehnen. Dabei hat das Konnexitätsprinzip wider mein Erwarten – ich dachte, das wäre ein großer Diskussionspunkt – nur eine ganz untergeordnete Rolle gespielt. Wichtiger waren die Gesichtspunkte, die ich versucht habe, in meiner kurzen Einleitung auszuführen. Sie haben dazu geführt, dass man gesagt hat: Mit dieser Sache tun wir uns letztlich keinen Gefallen.

Herr Ott hatte bei der Frage, ob die Schulräume in ausreichender Zahl vorhanden sind, auch auf den schleppenden Mittelabfluss hingewiesen bei verschiedenen Programmen wie „Gute Schule 2020“. Diese Frage begegnet uns in der Tat häufig. Der eine oder andere zieht daraus den Schluss: Die können es ja nicht so nötig haben, wenn sie die Mittel so schleppend abrufen. – So ist es nicht. Wenn Sie mal viel Zeit und Lust haben, empfehle ich, sich eine Untersuchung anzuschauen, die die NRW.BANK zur Frage in Auftrag gegeben hat, warum Fördermittel von Bund und Land teilweise nur sehr schleppend abgerufen werden. Darin finden sich ganz interessante Erkenntnisse.

Ein Hauptgrund wurde eben schon einmal angesprochen; ich will dazu aber auch noch eine Zahl nennen. Die notwendige Begleitung solch großer Baumaßnahmen in den Verwaltungen fordert Personal. Gerade bei den Bauverwaltungen, dort, wo Ingenieure beschäftigt sind, ist das kommunale Personal aufgrund der Finanznot in den letzten Jahren um 50 % abgebaut worden. Diese Menschen sind schlichtweg nicht vorhanden. Man kann sie auch nicht einfach dadurch ersetzen, dass man externe Büros beauftragt. Es handelt sich um eine völlige Fehlvorstellung, man könnte alles extern vergeben und hätte dann damit nichts mehr zu schaffen. Auch das haben die Gutachter untersucht und festgestellt, dass allein die Begleitung externer Büros bei der Durchführung größerer Bauvorhaben ungefähr 50 % dessen an Personal

bindet, was man braucht, wenn man es komplett in eigener Regie macht. Es muss nämlich immer die Rückkopplung zu den eigenen politischen Gremien, zu den verschiedenen Fachämtern usw. erfolgen.

Es geht also nicht ohne Personal. Das ist gerade im Moment für Kommunen, die nicht in der Lage sind, das zu zahlen, was am freien Markt gezahlt wird für fähige Ingenieure, ausgesprochen schwer zu gewinnen. Das ist auch ein Grund, warum das nicht in der Geschwindigkeit abfließt, wie es sich manche wünschen. Ich bin guter Dinge, dass am Ende des Tages keine nennenswerten Summen an das Land zurückgegeben werden. Das haben die Kommunen in der Vergangenheit geschafft, und das werden sie auch jetzt schaffen, aber es braucht Zeit. Das ist in dem Zusammenhang, über den wir hier reden, wichtig. Es sind keine großen freien Kapazitäten vorhanden, mit denen man solche Projekte in Angriff nehmen könnte.

Noch eine letzte Bemerkung zum Thema Wahlmöglichkeit G8/G9. Es wird immer wieder auf funktionierende G8-Systeme hingewiesen. Ich stehe nicht im Verdacht, G8-Gegner gewesen zu sein oder es aktuell zu sein. Ich habe überhaupt keinen Zweifel daran, dass es viele funktionierende G8-Systeme gibt, die auch zukünftig als G8-Systeme funktionsfähig sind. Ich habe aber eben versucht, schlicht den Umstand deutlich zu machen, dass die Nachteile, die man sich mit dieser Dualität der Systeme einhandelt, mit dieser Parallelität, die Vorteile überwiegen. Die funktionierenden G8-Gymnasien werden – nehmen Sie mein Wort darauf – auch als G9-Systeme gute Schulen sein und perfekt funktionieren; da mache ich mir überhaupt keine Sorgen.

Prof. Dr. Rainer Dollase, Steinhagen: Wir halten mal fest, was Herr Hamacher gesagt hat: Es gibt 1.000 Gründe, warum wir an den Schulen einen Raummangel haben; das sehe ich auch so. Es liegt nicht an G9; das müssen wir einmal ganz deutlich festhalten.

Ich nehme zu den Anfragen von Frau Beer Stellung. Sie haben leider meine schriftliche Einlassung wahrscheinlich nicht gelesen. Am Ende war ein Original abgedruckt aus dieser Studie, also brauchen Sie mir doch jetzt nicht vorzuwerfen, dass das kein wissenschaftlicher Einstieg ins Thema wäre.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Monokausalität!)

– Nein, das ist keine Monokausalität. Das wollen wir jetzt gerade einmal klären. Entschuldigen Sie, wenn ich hier einen kleinen Nachhilfeunterricht geben müsste. Das möchte ich gar nicht.

Warum ist diese Studie in Nordrhein-Westfalen gemacht worden? Weil man nur hier G9 und G8 vergleichen konnte. Es gibt auch ein anderes Bundesland, in dem man G8 und G9 vergleichen kann, nämlich Baden-Württemberg. Dort gibt es die sogenannte Trautwein-Studie. Sie wird in der Öffentlichkeit immer wieder falsch zitiert, weil keiner in die Zahlen schaut und keiner eine Ahnung hat, was denn meinetwegen Effektivitätswerte bedeuten.

Ich darf Ihnen mal kurz sagen, was Trautwein, der immer wieder für ganz andere Zwecke zitiert wird, in Baden-Württemberg gefunden hat. Zwischen G8 und G9 gibt es in Mathe und Physik keine Unterschiede. Woran liegt das? Wer Mathe und Physik

macht, ist sowieso etwas intelligenter als andere Leute. Es ist egal, ob Sie den sieben Jahre beschulen oder acht Jahre oder 20 Jahre. Wo hat man riesige Unterschiede gefunden? In Englisch, wo es eben massiv auf Übung ankommt. Das sind 31 bis 51 % einer Standardabweichung, und bei Biologie ebenfalls.

Dann wird immer gesagt: Er hat herausgefunden, dass die Schüler nicht irgendwie belastet sind. – Das ist überhaupt nicht richtig. Es steht eindeutig da; ich habe die Untersuchung auch hier: 31 %, 22 % usw. haben stärkere gesundheitliche Beschwerden angegeben und eine stärkere Belastung. Was gestern in der „Stuttgarter Zeitung“ gestanden hat, ist kompletter statistischer Stuss.

Warum ist das keine monokausale Untersuchung? Solche Entscheidungen werden hier auch monokausal diskutiert. Das dürfen Sie gar nicht. Sie müssen unsere Kultur sehen und das, was in unseren Schulen gemacht wird. Ich bin als Empiriker der Realität des Unterrichts verpflichtet. Ich unterrichte auch noch selbst. Ich habe jetzt einen Haufen von G8-Absolventen in Statistik unterrichtet. Ich weiß, wovon ich rede, obwohl ich so alt bin. Ich habe nach der Pensionierung endlich die Zeit gefunden, mich um die Praxis zu kümmern.

Damit bin ich auch gleich bei Ihrer Frage, warum man die Sachsen nicht als Beispiel nehmen kann. Das geht nicht, da gibt es keine G9-Vergleichsgruppe. Nun müsste man etwas anderes fragen: Wie ist das denn mit der Initiativenfähigkeit der Sachsen meinetwegen für irgendwelche Unternehmensgründungen? Sie wissen alle, wie wir darüber klagen, was im Osten so passiert. Sie können auch Griechenland als Beispiel nehmen: ein funktionierendes G8-System. Super, nicht? Das heißt, wir sind auf einem kulturellen Komplex; da sind gerade ebenso viele verschiedene Faktoren zusammen. Deswegen kann man das nicht vergleichen. Deswegen sind diese Untersuchungen multikausal, weil sie in dem System, in dem man beide noch vergleichen kann, alle anderen Randbedingungen in Rechnung stellen. Das ist der schlichte und einfache Grund. Das ist eine systemische Frage. Meine Vorredner und Nachredner haben übrigens vorhin auch schon gesagt: Wir müssen in Nordrhein-Westfalen anders denken. Das ist nicht übertragbar usw. Denken Sie mal daran. Das ist in der ersten Runde ja gesagt worden. Also nachschauen: Trautwein ebenfalls usw.

Herr Ott, Sie haben auch nach den Sachsen gefragt. Ich bilde auch sächsische Lehrer fort, wollte ich bei der Gelegenheit sagen, hier weniger. Sie wissen ja, dass ich das auch als Thema habe. Da gilt im Grunde genommen dasselbe, was Frau Beer gesagt hat: Es ist in der Tat so, dass es diese Untersuchung von Rost gibt, bei dem es sich um Deutschlands bekanntesten und international wichtigsten Intelligenzforscher handelt. Er hat keine Schulleistung untersucht oder Schulleistungsunterschiede, Berggold aus Dortmund usw., sehr kritisch und anwendungskritisch, methodenkritisch, überhaupt kein Thema. Da ist also auch international eine solide Basis dafür dar, dass so eine G8/G9-Geschichte schon wichtig ist in einem Jahr weitere Schule.

Sie haben auch überlesen: Obwohl sie dasselbe Curriculum und denselben Plan durchlaufen haben, geht dieser Intelligenzgewinn auch ohne. Es gibt eine Empirie darüber, inwiefern sich Lehrerinnen und Lehrer an dem Plan orientieren, wenn sie unterrichten. Die Lehrer, die unter uns sind, wissen genau, dass sie nicht jeden Morgen hineinschauen: Was muss ich heute machen? – Das ist kein Drehbuch. Ich habe

eine Habilitationsarbeit und eine Dissertation betreut, in denen untersucht wurde, dass die Lehrer überwiegend mit Arbeitsblättern, die sie sich Gott sei Dank aus verschiedenen Quellen zusammengestellt haben, operieren und sich die Ideen überall herholen, wo sie meinen, dass da etwas Ordentliches zu holen ist. Das ist eine ganz andere Realität von Unterricht. Ob Sie jetzt einen Plan und alles besser machen, nur damit es ein bisschen länger dauert usw., nutzt sowieso nichts. Für den Lehrer geht das so: Der hat einen Stundenplan, und morgens kommt der in die Klasse und weiß genau, was er tun muss. Er muss sich in gewisser Weise vorbereiten für diesen Unterricht, und das wird er auch tun. Ob dann neun dran steht oder acht oder zwölf oder elf, wird ihm in dem Moment egal sein. Das ist mir auch egal. Ich kann Ihnen gerne meine Beurteilung meiner Studenten vorlegen, falls Sie irgendwelche Zweifel haben, dass ich das nicht könnte. Es ist schlicht und einfach eine ganz andere Auffassung von Unterricht in der Empirie.

Herr Rock, das ist auch schon eine Antwort auf Ihre Frage: schnell und gründlich. Warum? Wir haben sowieso die ganze Zeit G9-Gymnasien gehabt. Sind die ohne Plan gewesen? War das totaler Mist oder was? Warum nehmt ihr die denn nicht? Oder Erfahrungen in anderen Bundesländern. Hat man da mal gefragt? Wenn die doch schon solche Fehler gemacht haben, ruft man da doch mal an: Hör mal, was war denn da bei euch schiefgelaufen? Wie können wir das machen?

Was Herr Hamacher über die Bauprobleme gesagt hat, finde ich natürlich auch ein ziemliches Hindernis. Aber ich wünsche mir auch, dass bei den Schulbauten weniger Bürokratie herrscht. Alle reden davon, Bürokratie abzubauen, aber vor Ort passiert überhaupt nichts. Nordrhein-Westfalen verliert alle IQB-Vergleiche, ist bei jedem Bildungsvergleich – selbst bei der Bertelsmann Stiftung – immer unter den schlechtesten Ländern.

Es ist Schluss mit dieser Gemütlichkeit. Immer dieselben Argumente von vor 20 Jahren, die sich immer wiederholen. Seit 2001 wissen wir, dass wir auch bei PISA nicht so besonders gut sind. Was war die Reaktion der Leute darauf? Wir machen das, was wir bisher gemacht haben, weiter. Es hat sich bewährt. – Nein! Das verstößt gegen das Prinzip des Qualitätsmanagements. Man muss auch mal den Mut haben, Sie haben es ja auch mal gesagt: Wenn etwas danebengegangen ist, wird das geändert. Das ist überhaupt nicht schlimm und auch kein Gesichtverlust. Das ist der Sinn dieses ganzen Lebens. Unternehmen gehen pleite und müssen wieder neu gegründet werden. Aber nur, wenn der Staat irgendetwas macht, gibt es kein Recycling mehr. Alles war gut. Wir müssen es so lassen. Deswegen hat man jetzt in der Öffentlichkeit hin und wieder den Eindruck, dass das Prokrastination ist. Das ist das lateinische Wort, ein psychologischer Fachbegriff, für Aufschieberitis oder Bummelei.

Deswegen denke ich aufgrund der Erfahrungen in anderen Bundesländern: Weil wir G9-Gymnasien haben, müsste es doch möglich sein, schneller und präziser voranzukommen, schnell und gründlich.

Dorothea Schäfer (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Nordrhein-Westfalen, Essen): Herr Ott fragte danach: Wird es Konfliktpotenzial unter den Eltern geben? Ja, das gibt es jetzt schon. Es gibt jetzt schon die Diskussion

in den Schulen, die Nachfragen bei den Schulleiterinnen und Schulleitern: Was habt ihr denn vor? Wie ist denn die Stimmung im Kollegium? Werdet ihr denn diese Option ergreifen? – Ich habe eben schon ausgeführt: Ich glaube, man erspart allen Beteiligten – den Eltern, den Schülerinnen und Schülern, die angemeldet werden, den Lehrerinnen und Lehrern und den Kommunen – viel Ärger, wenn man sich dafür entscheidet: Wir machen diese Leitentscheidung G9. Es war eine Idee mit dem Optionsmodell, aber man muss das jetzt auch nicht umsetzen.

Ganzttag zurückdrehen? Nein! Ich kann mich sehr gut an die Jahre erinnern, in denen beklagt wurde, dass Gymnasien und Realschulen keinen Ganzttag machen dürfen; es ist länger her. Ich weiß auch nicht, was gymnasiale Eltern sind, ob das diejenigen sind, die selbst zum Gymnasium gegangen sind oder wo alle Kinder den Übergang von der Grundschule ins Gymnasium machen. Ich kenne viele Eltern, die Kinder auf dem Gymnasium haben, die sehr froh sind, dass diese Schule ein Ganztagsgymnasium ist.

Allerdings gibt es unter den Kolleginnen und Kollegen viele, deren Gymnasien noch nicht so umgebaut worden sind, dass auch tatsächlich die Arbeitsplätze für die Lehrerinnen und Lehrer in einer solchen Ganztagschule dem Ganztagsbetrieb entsprechen. Sie haben große Lehrerzimmer, können ihre Freistunden aber nicht nutzen, sodass der eigene Arbeitstag natürlich viel länger wird. Insofern gibt es auch Stimmen unter Lehrerinnen und Lehrern: Geh mir weg mit Ganzttag! Ich sitze dann noch länger abends an meinen Korrekturen und an der Vorbereitung. – Aber auch dafür gibt es gelungene Beispiele, schöne Ganztagsgymnasien, an denen das wirklich entsprechend entwickelt worden ist.

Das Problem – und darin sehe ich den Hintergrund für das Ergebnis Ihrer Umfrage – liegt darin, dass durch diese überstürzte Schulzeitverkürzung mit den vielen Stunden in Klasse fünf und sechs am Anfang die Gymnasien dazu gezwungen wurden, über Mittag Unterricht zu machen – und zwar auch die Gymnasien, in denen es keine Mensa gab, wo es überhaupt keine Ausstattung für den Ganzttag gab. Das ist dann eigentlich nur noch als Belastung empfunden worden. Aber man sollte die Verlängerung der Schulzeit auf wieder neun Jahre am Gymnasium dafür nutzen, die Entwicklungen, die viele Gymnasien gemacht haben – auch sehr unterstützt von Eltern, die auch berufstätig und froh sind, wenn Kinder in der Schule mittagessen können und einen rhythmisierten Ganzttag haben, wo man nicht mehr so viel Belastung mit den Hausaufgaben zu Hause hat; das war ja auch ein Thema am Runden Tisch, was mit den Hausaufgaben ist.

Ja, die Schülerschaft ist viel heterogener geworden. Man muss sich nur anschauen, wie sich die Übergangsquoten entwickelt haben. Trotz G8 sind die Übergänge von der Grundschule ins Gymnasium in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Wir haben einzelne Städte, in denen wir schon bei deutlich über 50 % sind. Es ist völlig klar, dass man bei einer so hohen Übergangsquote eine viel stärker gemischte Schülerschaft hat. Dabei braucht man nicht auf Zuwanderung oder auf Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf schauen, sondern die Kinder, die angemeldet werden, haben sehr unterschiedliche Voraussetzungen. Das gilt auch in Bezug auf die Unterstützung der Eltern.

In der GEW sind wir der Meinung, dass ein Gymnasium auch ein Ort für Kinder sein muss, die vielleicht von zu Hause her nicht die Unterstützung erfahren. Deswegen sind wir der Meinung, dass die zusätzlichen Stunden, die man als Förderstunden, als Ergänzungsstunden in bestimmten Fächern, einsetzen kann, auch erhalten bleiben sollten.

Herr Seifen, die Lehrpläne können doch bleiben. Man muss höchstens mal die Curricula ändern. – Ich habe Mathematik und Physik studiert und unterrichtet. Während meiner Schulzeit gab es die Kurzschuljahre. Mit dem Abitur hat es dann doch geklappt. Ich habe mir zur Vorbereitung auf heute tatsächlich mal für meine Fächer angeschaut, was in den Kernlehrplänen steht. Sie sind 2005/2006 entwickelt worden und 2007 in Kraft getreten, also auch schon zehn Jahre alt. Vieles kann in die neuen Lehrpläne übernommen werden; da gebe ich Ihnen recht. Man muss sicherlich nicht bei null anfangen; dann würde man es nämlich auch nicht schaffen, mit dem Schuljahr 2019/2020 anzufangen. Herr Käuser hat in seiner Stellungnahme ausgeführt, dass man danach schaut, wie man es vielleicht auch gestuft machen kann. Aber wenn Kompetenzerwartungen am Ende von Klasse sechs, von Klasse acht und von Klassen neun formuliert sind, überlegt sich dann jede Schule: Das sind die Kompetenzerwartungen in der Mitte des siebten Schuljahres. Was bei Klasse neun ist, muss dann demnächst am Ende von Klasse zehn sein?

Herr Dollase, Sie haben auch Recht: Natürlich gehen die Lehrerinnen morgens nicht immer mit dem Lehrplan in die Klasse und sehen sich das schulinterne Curriculum an, was heute gemacht werden muss. Aber mit zentralen Lernstandserhebungen und mit Zentralabitur sind wir inzwischen in einer anderen Situation – und dafür haben Sie ja auch selbst plädiert – als vor zehn Jahren.

Das würde auch die Frage von Frau Müller-Rech beantworten. Sie können nicht die Lernmittel aus der alten G9-Zeit nehmen. Es würde auch niemand verstehen, wenn man im 21. Jahrhundert sagt: Wir haben doch noch die alten Schulbücher, die sowieso nicht wichtig sind. Man nimmt also auch die aktuellen Artikel. – Nein, man muss das Erlebnis berücksichtigen, was die Lehrerinnen und Lehrer in den Jahren seit 2005 hatten, dass sie ganz viel selbst gestrickt haben. Gerade in dem Jahr, in dem die Regelung geöffnet wurde, dass eine Schule zum neuen G9 zurückkehren kann, wenn sich die Schulkonferenz entsprechend entscheidet, sind nur zwölf oder 13 Gymnasien diesen Weg gegangen, weil die Kollegien einfach den Kaffee auf hatten; die waren durch. In dem Moment war gerade einmal der gesamte Durchgang geschafft. Alle schulinternen Lehrpläne waren umgestellt. Es gab natürlich diejenigen, die verstanden haben, dass die Abkopplung in der Sekundarstufe I ein Fehler ist, dass der fehlende mittlere Schulabschluss beim Übergang in die Oberstufe ein Fehler ist, den man auch nicht durch Entlastungsmaßnahmen korrigieren kann, aber dafür gibt es jetzt ja auch die Idee, wirklich das Schulgesetz zu ändern.

Peter Silbernagel (Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf): Ich gehe bei meiner Antwort vom Allgemeinen zum Konkreteren. Frau Beer, als am Runden Tisch darüber gesprochen worden ist, es den Schulen zu überlassen, zwischen G8 und G9 zu entscheiden, waren sich eigentlich alle darin einig, dass das

von allen Optionen die schlechteste ist. Das ist auch während des Wahlkampfes von allen Gruppierungen so kommuniziert worden. Das hat letztlich auch dazu geführt, nehme ich an, dass man sich bei den Koalitionsgesprächen so verständigt hat, wie man sich jetzt verständigt hat. Das heißt also, diese Wahlmöglichkeit und damit das Hineintragen der Konflikte, Emotionen und Probleme in die einzelnen Schulen, was schon in der breiten Landesöffentlichkeit nicht leicht war, hätte – in Anführungszeichen – Mord und Totschlag bedeutet und der Sache absolut nicht gedient.

Dann hat man eine Leitentscheidung getroffen und eine Ausnahmemöglichkeit offeriert, was von anderer Qualität ist.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Aha!)

Es ist also keine Option, wie wir sie gerade diskutiert haben oder vor Monaten noch am Runden Tisch dargestellt und auch abgelehnt hatten. Selbst wenn der Philologen-Verband nicht glücklich darüber ist, zwei Formen des Gymnasiums zu erleben, nämlich G8 und G9 – übrigens auch nicht auf Bundesebene –, muss ich aber auf Bundesebene schon mal konstatieren, dass ich damit leben muss. In Nordrhein-Westfalen können auch wir mit Einschränkungen mit dieser Regelung jetzt leben. Es ist politisch sicherlich ein Kompromiss. Es ist kein fauler Kompromiss; Kompromisse sind nicht per se faul. Es ist die Möglichkeit, auch der Gruppe von Eltern, von Lehrkräften und vielleicht auch zum Teil von Schülern gerecht zu werden, die in einem Umfang von 20 bis 25 % gesagt haben: Wir haben keine Probleme mit G8. Wir wollen es auch gar nicht verändert wissen. – Es ist also dieser Situation geschuldet.

Herr Ott, zum Konfliktpotenzial unter Eltern. Frau Schäfer, Sie sprachen eben davon, dass dieses Konfliktpotenzial vorhanden ist. Ich würde es so formulieren: Es ist zur Zeit eine Unsicherheit vorhanden. Es gibt eine große Suche nach Antworten. Damit ist aber nicht grundsätzlich ein Konfliktpotenzial vorhanden, wie wir es bei der Diskussion um die Schulzeitverkürzung erlebt haben. Ohne dass es repräsentativen Charakter hätte, aber im Philologen-Verband ist anderthalb Jahre vor dem 14. Mai nur eine Handvoll von E-Mails eingegangen, die sich dafür ausgesprochen haben, einen anderen Weg in Richtung G9 zu gehen. Man mag es glauben oder nicht, aber es ist de facto so. Danach ist gar nichts mehr eingegangen. Nachdem auch der Philologen-Verband gesagt hat, dass wir mit dieser Leitentscheidung leben können, gab es weder einen Aufschrei noch einen Hinweis darauf, dass wir das hätten differenzierter formulieren können. Das mag verschiedene Gründe haben, es ist aber nicht so, dass es an der Zurückhaltung gegenüber E-Mails liegt. Bei den Nullrunden etwa haben wir Hunderte von E-Mails bekommen. Es ist also nicht so, dass Lehrkräfte nicht gerne auch diesen Weg gehen.

(Teilweise Heiterkeit)

Es wird in den Schulen, nehme ich an, dann keine heftige Diskussion geben, wenn es nicht zu einer – davon gehe ich auch nicht aus – Kampf abstimmung von bestimmten Gruppen gegen andere kommt. Wenn eine Schule bei G8 bleibt, gehe ich persönlich davon aus, dass es auch im großen Konsens aller Beteiligten ist. Alles andere wird man nicht durchhalten können. Das ist meine persönliche Meinung.

Herr Ott, den Ganzttag in Gymnasien zurückdrehen? Im Schuljahr 2005/2006 hatten wir rund 27 Gymnasien im gebundenen Ganzttag. Jetzt haben wir, glaube ich, 167. Wo dies vernünftig läuft ohne größere Friktionen, wird es auch nicht dazu führen, dass man unter G9-Konditionen mit einer anderen Studentafel diese Diskussion unbedingt aufbrechen und anfangen wird. Ich gehe davon aus, dass G9 nicht dazu führt, dass die Lust am gebundenen Ganzttag rapide abnimmt. Ich gehe aber auch nicht davon aus, dass bei den jetzt vorhandenen gebundenen Ganzttagsgymnasien grundsätzlich alles infrage gestellt wird. Dazu gibt es auch keinen Grund.

Die Gymnasien haben sich in der Schülerzusammensetzung sicherlich verändert, aber das haben alle Schulformen. Unterstützungssysteme benötigen daher alle Schulformen. Multiprofessionelle Teams benötigen alle Schulformen. Ich kann der Landesregierung damit auf den Weg geben: Sorgen Sie dafür, dass wirklich über einen Zeitraum der nächsten Jahre alle Schulformen hinreichend versorgt werden. Das hat sich verändert. Die Ausgangssituation des Unterrichtens und Erziehens hat sich verändert. Die Lehrkräfte brauchen Unterstützung. Kleinere Klassen sind auch eine Form von Unterstützung. Zeitressourcen sind auch eine Form von Unterstützung. Nun will ich aber nicht vorweihnachtliche Wunschkataloge formulieren. Unterstützung ist auch, wenn man sich auf Wesentliches konzentriert und den Lehrkräften sagt: Unterricht ist eigentlich das Kerngeschäft des Ganzen. – Auch das ist eine Form von Unterstützung.

Herr Seifen, Frau Müller-Rech, wir können nicht bei alten Lehrplänen bleiben, ob wir nun zwischen Curricula und Lehrplänen differenzieren, zwischen dem allgemeinen und dem besonderen Teil, zwischen grundsätzlichen und inhaltlichen Aussagen. Herr Seifen, als Geschichtslehrer wissen Sie selbst, dass Sie in der achten Klasse nicht dabei bleiben können, vom Jahr 500 bis zum Ersten Weltkrieg alles in diese Jahrgangsstufe hineinzquetschen. Das muss sich beispielsweise verändern.

(Helmut Seifen [AfD]: Ich sage ja: Curricula verändern sich!)

Genauso werden sich die Lehrpläne verändern, wenn man beispielsweise wirtschaftliche Inhalte hineinbringen will, wenn man den Aspekt der Digitalisierung berücksichtigen will, wenn man bei Fremdsprachen eine gewisse Entkrampfung hineinbringen will gerade mit Blick auf die zweite Fremdsprache. Man wird es den Schulen nicht überlassen können, diese Veränderungen vorzunehmen; da sind wir uns alle einig. Aber Veränderungen muss es geben. Sie müssen im Rahmen des zeitlich Verfügbaren und des Erforderlichen sorgfältig, solide und seriös erfolgen.

Rüdiger Käuser (Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung, Siegen): Herr Seifen, ich beginne mit einer Frage, die Sie aber wahrscheinlich nicht sofort beantworten können. Ich kann nach wie vor nicht so genau nachvollziehen, warum diese Schnelligkeit von Ihnen gewünscht wird. Es gibt eine politische Leitentscheidung unabhängig von der Kompromisslösung, die gefunden worden ist; dazu ist schon viel gesagt worden; dazu möchte ich nichts weiter sagen. Ich kann nicht ganz nachvollziehen, warum diese Schnelligkeit das Thema auf eine andere Qualitätsebene heben soll.

Zur Sache. Ich möchte das ergänzen, was vielleicht noch nicht gesagt worden ist. In der Tat sind die alten G9-Lehrpläne schlicht und ergreifend weder KMK-konform, noch entsprechen sie dem Paradigmenwechsel, den wir in den letzten Jahren bei den Lehrplänen vollzogen haben mit der Kompetenzorientierung. Gerade bei der Kompetenzorientierung möchte ich starten, denn sie ist sehr oft und, ich glaube, auch zu Recht kritisiert worden.

(Helmut Seifen [AfD]: Genau!)

Genau deshalb können Sie keinen Schnellschuss machen. Genau deshalb brauchen wir Zeit, um diese Pläne neu und vernünftig aufzubereiten. Sie müssen nicht neu erfunden werden, Herr Dollase; das ist völlig klar. Aber die Lehrpläne für die Sekundarstufe I sind im Prozess Learning by Doing zwischen 2005 und 2009 an den Schulen entstanden. Ich will das ausdrücklich noch einmal betonen: Die Lehrpläne für die Sekundarstufe I lagen nicht vor. Die Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen haben sie geschrieben. Bei der Sekundarstufe II war es nachher schon völlig anders Dank QUA-LiS übrigens. Es geht einfach nicht, dass man jetzt sagt: Wir schauen uns das jetzt mal ein bisschen an. Da nehmen wir das raus, und da tun wir das rein. Denn die Lehrpläne an den Gymnasien sind ein hochsensibles Feld.

Ich darf daran erinnern: G8 wurde unter anderem eingeführt, weil alle bei dem alten G9 ein bisschen ins Schmunzeln kamen und sagten: Na ja, die elf kann man eigentlich vergessen. Da feiern die nur Partys und gehen ins Ausland. – Wenn wir wieder in dieses Fahrwasser kommen, dass die G9-Umsetzung in diese Schiene geht, ist das hochgefährlich für das, was jetzt offensichtlich politisch gewünscht wird.

Das Spektrum bewegt sich zwischen dem, was bei G8 immer wieder gefordert wurde, auch in unzähligen Runden und auch im Rahmen des Runden Tisches, nämlich Optimierung über Entschlackung, Entschlackung, Entschlackung. Mit Deutsch vertreten wir beide ein Fach, bei dem das auch ein Thema ist. Die Kolleginnen und Kollegen haben zu Recht beklagt, dass sich das zum Beispiel bei der Lektüre von Ganzschriften auf eine Mosaiklehrplanstruktur beschränkt. Im Fach Geschichte sagen die Kolleginnen und Kollegen völlig zu Recht: Das Fach Geschichte wird weitaus unterbewertet. – Das können Sie nicht einfach machen, indem man sagt: Das schauen wir uns ein bisschen an, blasen ein bisschen auf und ziehen das ein bisschen in die Länge.

(Heiterkeit von Helmut Seifen [AfD])

Das war ein bisschen verkürzt gesagt. Noch einmal: Das Ganze muss seriös gestaltet werden und vor allen Dingen auch die Anliegen der Kolleginnen und Kollegen sehr ernst nehmen bei der Gestaltung der neuen Lehrpläne. Deswegen bieten wir auch bei QUA-LiS an und all denjenigen, die damit betraut sind, in diesem hohen Tempo, was mit dem Jahreswechsel im Grunde starten muss, was die Lehrplanentwicklung angeht, als Praktiker mit hineinzugehen. Das geht aber nicht per Schnellschuss.

Mit den elf G9-Gymnasien ist sicherlich eine Matrix vorhanden, aber ich erinnere daran: Das ist ein Schulversuch. Die Evaluation der dort entwickelten Lehrpläne ist

auch, soweit ich das weiß, nicht abgeschlossen. Es ist nicht so einfach, das zu übertragen. Es braucht Zeit.

Frau Beer hatte zum Thema Schulentwicklung gefragt. Ich glaube, die Gymnasien sind vor dem Hintergrund der Situation, wie sie noch einmal dargestellt worden ist, in den letzten Jahren in einer Form beweglich gewesen wie keine andere Schulform. Das hat viele Gründe gehabt, die aus der Not geboren worden sind. Andererseits hat es an vielen Gymnasien – Stichworte: Dalton und neue pädagogische Konzepte – Entwicklungen gegeben, von denen wir hoffen, dass sie nicht durch eine Umstellung auf G9 im Sande verlaufen. Es ist äußerst wichtig, dass auch dort das Signal gegeben wird: Es geht um eine qualitative Entwicklung und nicht einfach um die Umsetzung eines neuen Bildungsganges, und alles andere fällt hinten runter.

Das hat auch etwas mit dem Ganzttag zu tun, den Herr Ott angesprochen hat. Es gibt viele Gymnasien, für die der Ganzttag eine existenzielle Grundlage ist. Ich behaupte, es gibt kaum eine Schulform, die inzwischen so heterogen ist von ihrer Struktur her und von den Disparitäten ist, die wir innerhalb des Landes haben, wie das Gymnasium. Wir haben Situationen, in denen Gymnasien unterschiedlicher Träger – das ist ein ganz wichtiger Punkt dabei – nebeneinander existieren und es noch ein relativ breit aufgestelltes System des gegliederten Schulwesens gibt. Es gibt aber auch Standorte, wo das Gymnasium der letzte verbliebene Standort des gegliederten Schulwesens ist. Dort müssen wir also darüber nachdenken, wie es da laufen soll.

(Zustimmung von Helmut Seifen [AfD])

Es gibt in vielen Ballungsräumen Gymnasien, die in Konkurrenz mit anderen Systemen nur als Ganzttagsgymnasium akzeptiert werden. Dort muss man ganz genau hinschauen. Es wäre aus meiner Sicht hochgefährlich, wenn der Ganzttag für die Gymnasien mit dem Weg zu G9 infrage gestellt würde.

Herr Ott hatte auch nach dem Konfliktpotenzial gefragt. Ich möchte nicht wiederholen, was meine Vorredner gesagt haben, sondern unterstreiche das. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass das Konfliktpotenzial auch in der unterschiedlichen Trägerschaft liegt. G8/G9 kann dazu führen, dass es durchaus Konkurrenzsituationen gibt, dass zum Beispiel staatliche Gymnasien bei G9 bleiben und andere Institutionen mit anderen Hintergründen als Träger ein G8-Profil wählen.

(Zuruf von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Das halten wir für schwierig, aber es ist der Situation geschuldet, dass wir jetzt eben diesen Kompromiss haben.

Das Konfliktpotenzial in der Elternschaft sehe ich im Moment eher in den Unsicherheiten, was im Schuljahr 2018/2019 und was 2019/2020 passiert. Wir haben in unserem Schulleitungsteam in den letzten Wochen die Grundschulen in unserem Beritt besucht. Von vielen Grundschulkolleginnen und Grundschulkollegen ist die Frage gestellt worden: Wie geht das denn jetzt eigentlich im kommenden Jahr? – Das hat also etwas mit Unsicherheit zu tun. Ich hoffe, das wird sich etwas reduzieren, wenn die Eckpunkte vorliegen.

Ich möchte noch ein deutliches Wort zur Heterogenität der Schülerschaft sagen. Wir haben landesweit Übergangsquoten von 40 % bis zu 60 % an einzelnen Standorten. Wir brauchen Lehrerinnen und Lehrer. Wir brauchen auch weiterhin flexible Mittel. Wir brauchen auch multiprofessionelle Teams, auf die Herr Silbernagel schon hingewiesen hat, denn die Aufgaben, die gerade an das Gymnasium in den letzten Jahren herangetragen worden sind, sind ganz eminent. Das ist beispielsweise die hohe Zahl an Zuwanderern, die gerade in Ballungsräumen ganz stark an den Gymnasien gelandet sind. Das ist auch das Thema Inklusion, bei dem die Ressourcenfrage nicht nur mit Geld zu tun hat, sondern auch mit Fachkräften. Die Heterogenität der Schülerschaft ist aus unserer Sicht im Moment eines der größten Themen, über das wir sprechen müssen.

Erlauben Sie mir noch zu sagen: Wenn ich es richtig wiedergebe, ist an vielen, vielleicht sogar an den meisten Gymnasien G8/G9 in den letzten Jahren gar nicht das entscheidende Thema gewesen. Es ist wichtig, dass es ein politisches und ein gesellschaftliches Thema geworden ist, aber die Themen Migration, Inklusion, Schulentwicklung und Unterrichtsentwicklung sind an sehr vielen Gymnasien viel wichtiger im schulinternen Diskurs gewesen als die Auseinandersetzung mit G8/G9.

Frau Müller-Rech, ich will Ihre Frage nach den Lehr- und Lernmitteln auch noch einmal aufnehmen. In den letzten zwölf Jahren hätte man manchmal überlegen können, ob man nicht einen anderen Beruf wählt und in einen Verlag geht. Das wird auch in den nächsten Jahren so sein müssen.

(Heiterkeit)

– Ich habe es etwas polemisch ausgedrückt.

Nein, Sie können die alten Materialien nicht mehr nehmen. Das heißt natürlich nicht, dass man nicht Einzelnes nehmen kann, aber gerade vor dem Hintergrund der Digitalisierung und von gesellschaftlichem und technologischem Wandel können wir nicht einfach irgendwelche alten Materialien weiterverwenden.

Vorsitzende Kirstin Korte: Frau Schäfer, meine Herren, vielen Dank für die Antworten in dieser Runde.

Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Seifen. Ich frage in die Runde der Abgeordneten, ob es von Ihrer Seite noch weitere Fragen gibt. – Das ist nicht der Fall.

Herr Seifen, dann kann ich Ihnen gerne das Wort erteilen, aber ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass wir hier eigentlich Fragen stellen. Sie sind jetzt in der Situation, vielleicht eine Antwort geben zu wollen. Ich bitte Sie herzlich, dass in der gebotenen Kürze zu tun.

Helmut Seifen (AfD): Selbstverständlich. Ich bedanke mich ganz herzlich. Ich wollte auch nur auf die Frage von Herrn Käuser antworten.

Wir sind bei der Analyse, was das Gymnasium betrifft, in vielen Fällen doch sehr übereinstimmend gewesen. Warum bin ich der Meinung, dass es schneller sein könnte? Als es 2004/2005 eingeführt worden ist, war ich Schulleiter und habe die

Sache eher indifferent gesehen nach dem Motto: Schauen wir mal. Möglicherweise ist es doch eine ganz interessante Geschichte. – Aber in den letzten Jahren habe ich intensiv Abstand davon genommen. Wir hatten nie G9; wir hatten immer nur G8,5. Jetzt haben wir G7,5. Sie wissen als Schulleiter: Sie sind ständig damit konfrontiert, dass Klassenfahrten, Studienfahrten und Exkursionen stattfinden usw. und so fort. Durch die Inklusion kamen noch Fortbildungen hinzu usw. Das heißt, der Unterrichtsausfall war nicht etwa wegen Faulheit oder Krankheit der Lehrer hoch, sondern zum Teil auch wegen wirklich auch wichtiger außerunterrichtlicher Aktivitäten. Das heißt, wir haben hier ein Jahr länger Unterrichtsausfall.

Zweiter Punkt. Mein Fach Geschichte, aber auch die Physik hat effektiv ein Jahr verloren. Das macht sich eindeutig in den Leistungskurswahlen in der Oberstufe bemerkbar. Das macht sich auch im analytischen Verhalten bzw. beim analytischen Kenntnisstand der Schülerinnen und Schüler bemerkbar. Geschichte ist ein sehr komplexes Fach; da gibt es ganz große Schwierigkeiten.

Dritter Punkt. Die Eltern drängen danach. Natürlich habe ich möglicherweise einen eingeschränkten Blick, weil ich nicht den Kenntnisstand von allen 600 Gymnasien in Nordrhein-Westfalen habe, aber ich weiß es aus dem Münsterland. Da ist es eben so.

Der vierte Punkt ist der wichtigste Punkt: Der Leidensdruck der Schülerinnen und Schüler. Ich saß ja in jeder Konferenz von Anfang bis Ende drin. Wir haben im November und dann auch im Mai Beratungskonferenzen eingeführt. Neben den Halbjahreskonferenzen hatten wir also vorgeschaltete Konferenzen, als Beratungskonferenzen apostrophiert, in denen alle Beratungslehrer und Beratungskoordinatoren waren. Dann stellten wir fest, dass der Willi in der Jahrgangsstufe sechs eigentlich Potenzial hat, aber an der Stelle einfach überfordert war, weil die Stofffülle einfach zu dicht war, weil einfach das Lerntempo zu hoch war. Die zweite Fremdsprache kam noch dazu. Der Willi hätte noch Zeit gebraucht, nur die Fremdsprache Englisch zu haben. Das ist eigentlich der Hauptgrund gewesen – ob Sie es mir abnehmen oder nicht.

Mit dem Wort Leiden übertreibe ich vielleicht ein bisschen, aber der Druck, der auf etlichen Schülern lastet, soll minimiert werden. Deshalb wollen wir das vorziehen, zumal ich die Argumente, die Sie vorgebracht haben, selbstverständlich respektiere – das sowieso –, sie aber nicht für so relevant halte. Sie sind natürlich da, was Räume und all die Geschichten angeht. Ich halte sie aber für in diesem Augenblick nicht so relevant, weil das erst in den Jahren 2024, 2025 und 2026 relevant wird. Deswegen gibt es den Antrag der AfD, das Ganze schon vorzuziehen.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herr Seifen, vielen Dank. Ich weise noch einmal deutlich darauf hin, dass wir in der Anhörung das umgekehrte Verfahren haben. Sie sind angesprochen und gefragt worden und hatten jetzt die Antwortmöglichkeit, aber damit schließe ich das jetzt auch.

Ich schaue noch einmal zu den Fraktionen und sehe keine weiteren Fragestellungen.

Damit darf ich mich im Namen des Ausschusses ganz herzlich bei Ihnen bedanken für Ihr Erscheinen. Ich danke den Kolleginnen und Kollegen, dem Sitzungsdokumentarischen Dienst und weise noch einmal darauf hin, dass wir am 22. November 2017 wieder tagen.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Heimweg. Vielen Dank, und bis zum nächsten Mal.

gez. Kirstin Korte
Vorsitzende

Anlage

27.11.2017/28.11.2017

160

Stand: 07.11.2017

Anhörung von Sachverständigen
Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung
"Rückkehr zu G9 bis 2018"
- Keine weiteren Unsicherheiten und Verzögerungen auf dem Rücken der Schulen"
Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 17/72

am Mittwoch, dem 8. November 2017
13.30 bis maximal 17.00 Uhr, Raum E 3 A 02

Tableau

eingeladen	Redner/in Weitere Teilnehmer/-innen	Stellungnahme
Helmut Dedy Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	Martin Schenkelberg	17/32
Dr. Bernd-Jürgen Schneider Städte- und Gemeindebund Nordrhein- Westfalen Düsseldorf	Claus Hamacher Dr. Jan Fallack	17/48
Dr. Martin Klein Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf		
Prof. Dr. Rainer Dollase Steinhagen	Prof. Dr. Rainer Dollase	17/41
Dorothea Schäfer Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Nordrhein-Westfalen Essen	Dorothea Schäfer	17/36

eingeladen	Redner/in Weitere Teilnehmer/-innen	Stellungnahme
Peter Silbernagel Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	Peter Silbernagel	nein
Rüdiger Käuser Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung Siegen	Rüdiger Käuser	17/47

ABSAGEN VON EINGELADENEN EXPERTEN	
Marcus Hohenstein „G9 jetzt NRW“ - Elterninitiative für Kinderrechte, Siegen	nein